

# Historische Wurzeln im Karabach-Konflikt

Die Kommunisten gaben den Karabach-Armeniern ein Autonomiegebiet, doch sie gliederten es in die Sowjetrepublik Aserbaidschan ein

JERONIM PEROVIĆ

Nach der bolschewistischen Macht ergreifung in Russland 1917 traten Lenin und seine kommunistischen Kampfgefährten mit dem Anspruch an, die im Zarenreich «unterjochten» Völker zu befreien. Als sich aber an den Rändern dieses Reiches viele nicht-russisch besiedelte Gebiete für unabhängig erklärten, kämpften im anschliessenden Bürgerkrieg die Bolschewiken und ihre Rote Armee darum, die abgefallenen Territorien zurückzugewinnen.

Um sich die Loyalität der Nicht-Russen zu sichern, wiesen sie nach Ende des Bürgerkrieges den einzelnen Völkern nationale Territorien zu. Dort durften sie ihre Sprache und Kultur leben, und ihre Angehörigen erhielten Aufstiegs-möglichkeiten im administrativen Apparat und in der Kommunistischen Partei. Grösseren Volksgruppen wurden Republiken mit weitreichender Autonomie zugesprochen, während kleinere ethnische Minderheiten Gebiete mit eingeschränkter Autonomie erhielten. Gerade in der Vielvölkerregion des Kaukasus waren nationale Zuschreibungen jedoch oft unklar, und Gebietsansprüche waren historisch umstritten.

## Kampf um Land und Grenzen

Nach dem Zusammenbruch des Zarenreiches weigerten sich die neu geschaffenen Sowjets (Räte) im Südkaukasus, die bolschewistische Regierung Lenins anzuerkennen. Nachdem ihre im April 1918 errichtete Transkaukasische Föderation schon nach wenigen Wochen zerfallen war, brachen zwischen Georgien, Armenien und Aserbaidschan, die sich nun für unabhängig erklärten, Kriege um Land und Grenzen aus.

Armenien forderte dabei die Zusammenführung aller armenischen Siedlungsgebiete, darunter dasjenige der heutigen Konfliktregion Nagorni Karabach. Die vom jungtürkischen Regime in Istanbul unterstützten Aserbaidschaner erhoben ebenfalls Ansprüche: Sie verwiesen darauf, dass Nagorni Karabach schon in der späten Zarenzeit zu einem einzigen administrativen Gebiet gehört hatte, dem Gouvernement Elisawetpol.

Diese ethnisch und konfessionell stark durchmischte Region lag zwar zwischen den neuen Staaten Armenien und Aserbaidschan, Karabach selbst war aber nur über die Ebene von östlicher Richtung her erreichbar, während Armenien aufgrund der gebirgigen Topografie keinen direkten Zugang hatte. Damit spielte sich auch das Wirtschaftsleben vorrangig im Austausch zwischen dem armenischen Hochland und der turksprachig und muslimisch dominierten Ebene ab.

Auch die Geopolitik stand armenischen Ansprüchen entgegen: Die von



Armenische Dorfwächter in Nagorni Karabach, um 1920.

STAATSARCHIV STEPANAKERT

## Autonomes Gebiet Nagorni Karabach



Grün eingezeichnet: Von den Karabach-Armeniern seit 1994 besetzte Gebiete Aserbaidschans.

NZZ / A.R.

der Müsavat-Partei dominierte Regierung Aserbaidschans wurde zunächst vom Osmanischen Reich unterstützt, später traten die Briten als neue Ordnungsmacht auf. Obwohl die Briten auch mit Armenien alliiert waren, setzten sie sich für den Status quo ein, der zu diesem Zeitpunkt die faktische Kontrolle Aserbaidschans über Karabach festschrieb. Die britische Militärpräsenz konnte allerdings nicht verhindern, dass es in der Region immer wieder zu Rebellionen und blutigen ethnischen Auseinandersetzungen kam. Die Geschichte des Kaukasus nahm eine neue Wendung, als die Rote Armee im April 1920 Baku eroberte. Aufgrund der neuen Machtstellung erklärten nun vormals Müsavat-treue Truppen ihre Loyalität gegenüber den Bolschewiken, so auch die bei Schuscha in Nagorni Karabach stationierte aserbaidschanische Einheit.

Für Armenien ergab sich ein Dilemma: Alliiert mit antibolschewistischen Kräften und den Entente-Mächten, musste es sich nun notgedrungen auf eine Zusammenarbeit mit den Bolschewiken einlassen. Denn sonst drohte es von der Roten Armee und den mit ihr verbündeten aserbaidschanischen Truppen zerrieben zu werden. Die Situation stellte sich auch deshalb dramatisch dar, weil die Armenier im Westen von den schnell vorrückenden Truppen der kemalistischen Türkei bedrängt wurden. So blieb Erewan nichts anderes übrig, als die Macht an die Bolschewiken abzutreten. Nach dem Einmarsch der Roten Armee im November 1920 wurde Armenien für sowjetisch erklärt, später auch Georgien.

## Abrupter Sinneswandel

Die Bolschewiken waren fortan im Südkaukasus die dominierende Kraft, ihre Position war aber noch immer nicht gefestigt. Sie sahen sich an verschiedenen Orten mit antisowjetischem Widerstand konfrontiert. Betroffen davon war auch die mehrheitlich von Armeniern besiedelte Gebirgsregion Sangesur, die im Süden an Iran grenzt und zwischen den Regionen Nagorni Karabach und Nachitschewan liegt. Um sich bei den Armeniern Wohlwollen zu sichern, waren die Bolschewiken bereit, auf deren territoriale Forderungen einzugehen. Anfang Juli 1921 trafen sich die Mitglieder des Kawbüros, des kaukasischen Ablegers des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei, mit Vertretern der drei Sowjetrepubliken, um die Situation im Südkaukasus zu besprechen. Am 4. Juli fiel die Entscheidung, Nagorni Karabach in die armenische Sowjetrepublik einzugliedern.

Darauf wandte sich der aserbaidschanische Vertreter, Nariman Narimanow, direkt an Moskau mit der Bitte, die

Frage auf höchster Parteiebene nochmals zu prüfen. Schon am nächsten Tag trafen sich die Mitglieder des Kawbüros erneut und machten ihren Entscheid rückgängig: Um den «nationalen Frieden zwischen Muslimen und Armeniern» und die existierenden «ökonomischen Verbindungen zwischen den Bergen und der Ebene von Karabach» nicht zu gefährden, sollte Nagorni Karabach in Aserbaidschan verbleiben. Weshalb es zu diesem abrupten Meinungsumschwung kam, lässt sich aus den heute verfügbaren Dokumenten nicht eindeutig herauslesen. Insbesondere ist unklar, welche Rolle der damalige Volkskommissar für Nationalitätenfragen, Josef Stalin, spielte, der bei den Kawbüro-Sitzungen anwesend war und wohl Einfluss genommen hat. Entscheidend für den Sinneswandel dürfte aber gewesen sein, dass es der Roten Armee just zu diesem Zeitpunkt gelungen war, die antisowjetische Rebellion in Sangesur niederzuschlagen. Damit war ein wichtiger Grund für die kompromissbereite Haltung Moskaus gegenüber den Armeniern weggefallen.

## Streitpunkt Autonomie

Mit ihrem Entscheid gaben die Bolschewiken wirtschaftlichen Überlegungen den Vorrang und stellten den Anspruch Aserbaidschans nicht infrage. Zudem nahmen sie wohl auch Rücksicht auf die kemalistische Türkei, die sie als neuen Verbündeten nicht mit der Schaffung einer grossarmenischen Sowjetrepublik im unmittelbaren sowjetisch-türkischen Grenzgebiet provozieren wollten. Armenien erhielt zwar Sangesur (heute die Provinz Sjunik) zugesprochen, aber die Region Nachitschewan wurde als Exklave der Republik Aserbaidschan angegliedert.

Allerdings sah die Resolution des Kawbüros auch die Gewährung einer Autonomie für die Bewohner Nagorni Karabachs vor. Diese Forderung stiess in Baku verständlicherweise auf Verärgerung. Denn damit wurde inmitten eines muslimisch und turksprachig geprägten Umlands ein kompaktes armenisches Autonomiegebiet geschaffen, dessen rebellische Bewohner dem aserbaidschanischen Hoheitsanspruch ablehnend gegenüberstanden. Entsprechend widerwillig und erst mit zweijähriger Verzögerung setzte Baku diese Forderung um.

Was damals vor allem bolschewistischen Sachzwängen gehorchte, erwies sich im Zuge des sowjetischen Zerfallsprozesses Ende der 1980er Jahre als zu wenig stabil, um den Frieden zwischen Aserbaidschanern und Armeniern nachhaltig zu sichern.

Jeronim Perović ist Osteuropahistoriker und Direktor des Center for Eastern European Studies der Universität Zürich.

## Der Krieg bringt Iran in ein Dilemma

Teheran bemüht sich um Neutralität in dem Streit vor seiner Haustür und will nun vermitteln

ULRICH VON SCHWERIN

Im Konflikt um Nagorni Karabach hat sich Iran bisher auffallend bedeckt gehalten. Obwohl die Islamische Republik in kultureller und religiöser Hinsicht Aserbaidschan näher steht als dem christlichen Armenien, hat es die Führung in Teheran vermieden, klar für den mehrheitlich schiitischen Nachbarn Partei zu ergreifen. Seit Ausbruch der Kämpfe um die armenische Enklave an seiner Grenze Ende September hat Iran die Kriegsparteien vielmehr zum Dialog aufgerufen und sich als Vermittler ins Spiel gebracht. Irans Vizeausserminister Abbas Arakchi reiste am Freitag und Samstag nach Erewan und Ankara, um für einen iranischen Friedensplan zu werben. Zuvor war der Gesandte bereits nach Moskau geflogen und hatte

den aserbaidschanischen Präsidenten Ilham Alijew in Baku getroffen. Russland ist Armeniens wichtigster Verbündeter, während die Türkei das «türkische Brudervolk» in Aserbaidschan mit Kampfdrohnen und wohl auch mit syrischen Söldnern unterstützt.

Die iranische Friedensinitiative unterstreicht die Bedeutung, die Teheran dem Krieg vor seiner Haustür beimisst. Bei aller Zurückhaltung ist die Führung besorgt und fürchtet ein Übergreifen des Konflikts auf das eigene Land. Dabei hat sie weniger Angst, dass sich die Kampfhandlungen über den Grenzfluss Aras verlagern, auch wenn Iran dort jüngst seine Truppen verstärkt hat. Vielmehr fürchtet Teheran eine Zunahme separatistischer Bestrebungen im eigenen Land. Etwa 15 Millionen Iraner gehören zur aserbaidschanischen

Minderheit und damit knapp 18 Prozent der 84 Millionen Iraner. Dies bedeutet, dass mehr ethnische Azeri im Nordwesten Irans leben als in der Republik Aserbaidschan jenseits der Grenze. Zwar spielen Angehörige der Minderheit seit je eine wichtige Rolle in der Politik in Teheran – so ist der Revolutionsführer Ayatollah Ali Khamenei selbst Azeri. Doch klagt die Volksgruppe seit langem über Benachteiligung.

Wie sehr sie der Krieg um Karabach umtreibt, zeigten Demonstrationen Anfang Oktober. «Karabach ist unser und wird unser bleiben», skandierten azerische Demonstranten in Teheran, Tabriz und anderen Städten. Für Unmut sorgten Videos, die Lastwagen auf dem Weg zur armenischen Grenze zeigten. Angesichts der Aufregung in den sozialen Netzwerken sah sich Teheran gezwun-

gen, zu dementieren, dass es Waffenlieferungen an den bedrängten Nachbarn erlaube.

Auch sonst versucht die Führung, dem Eindruck entgegenzuwirken, dass sie Armenien unterstütze. Im Karabach-Konflikt zwischen 1992 und 1994 hatte Iran tatsächlich Armenien wertvolle Hilfe geleistet, indem es den Warenverkehr an das zwischen der Türkei und Aserbaidschan gelegene Land aufrechterhielt. Seine Politik zeigte damals, dass in der Aussenpolitik bei aller revolutionären, panislamischen Rhetorik oft die nationalen Interessen den Ausschlag geben. Angesichts der Aufregung in der Azeri-Minderheit hat Teheran nun allerdings betont, dass die Armenier Nagorni Karabach und die angrenzenden besetzten Provinzen an Aserbaidschan zurückgeben müssten.

Auch der iranische Friedensplan betont neben der Achtung der Minderheitenrechte den Respekt der territorialen Integrität Aserbaidschans und das Ende der Besetzung. Für die Armenier ist es allerdings unvorstellbar, die traditionell armenische Enklave zu räumen. Grundsätzlich bringt Iran gute Voraussetzungen mit, um zwischen den Kriegsparteien zu vermitteln. Es unterhält enge, wenn auch nicht spannungsfreie Beziehungen zu allen Seiten. Allerdings ist es fraglich, ob Teheran genug politisches Gewicht aufbringt, Aserbaidschan zum Stopp seiner bisher erfolgreichen Offensive zu bewegen oder Armenien zu nennenswerten Zugeständnissen zu überreden. Gut möglich ist auch, dass weder Baku noch Erewan den Nachbarn im Süden trotz all seinen Beteuerungen für wirklich neutral halten.